

### Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Belit Onay, Dragos Pancescu, Christian Meyer, Julia Hamburg und Helge Limburg (GRÜNE)

#### Klagen gegen Asylbescheide

Anfrage der Abgeordneten Belit Onay, Dragos Pancescu, Christian Meyer, Julia Hamburg und Helge Limburg (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 23.01.2018

Laut einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 14.01.2018 wird gegen „fast alle ablehnenden Bescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)“ geklagt. 44 % dieser Klagen seien erfolgreich. Bei Syrern und Afghanen seien es noch deutlich mehr (69 bzw. 61 %). Weiter heißt es, die Gesamtzahl der Klagen gegen BAMF-Entscheidungen dürfte sich 2017 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt haben. Bis Ende September seien bereits 273 000 Klagen eingegangen.

Laut einem Artikel der *Nordwest-Zeitung* vom 29.11.2017 stellt die steigende Zahl der Asylverfahren die Verwaltungsgerichte in Niedersachsen weiter auf eine „Belastungsprobe“. In den sieben Verwaltungsgerichten sei die Zahl der neu eingegangenen Asylverfahren von 9 220 im Jahr 2015 auf fast 23 100 im laufenden Jahr gestiegen. Die Asylverfahren machten damit den größten Teil der Neueingänge aus. Hinzu komme ein Bestand von rund 18 980 Asylverfahren. Am Oberverwaltungsgericht habe es im Asylbereich im laufenden Jahr rund 1 660 Neueingänge gegeben. 2015 seien es noch rund 290 gewesen. Obwohl das Land seit 2014 die Zahl der Richterinnen und Richter um 47 auf insgesamt 190 erhöht habe, reiche das Personal nicht aus. Zumeist seien es Menschen aus Afghanistan, Syrien, dem Irak und von der Elfenbeinküste, die vor den Gerichten Schutz einklagen. Um die Juristen zu entlasten, gingen die niedersächsischen Gerichte seit September einen „bisher bundesweit einmaligen Weg“: Zwei Experten seien angestellt worden, die für die Richter etwa Hintergründe zu den Herkunftsländern recherchierten.

Laut einer Pressemitteilung des damals noch durch Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz geführten niedersächsischen Justizministeriums vom 09.11.2017 unterstütze die Justizministerkonferenz (JuMiKo) den Vorschlag Niedersachsens zur Entlastung der Verwaltungsgerichte in Asylverfahren. Die Konferenz bitte das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zu prüfen, ob den Verwaltungsgerichten die Möglichkeit gegeben werden soll, bei grundsätzlicher Bedeutung der Asylsache sowie bei uneinheitlicher Rechtsprechung die Berufung zuzulassen. Es bleibe zu hoffen, dass diese geforderte Möglichkeit, Rechtszersplitterung zu vermeiden und gerichtliche Asylverfahren zu beschleunigen, auf der Agenda bleibe. Nur so könnten die Verwaltungsgerichte effektiv entlastet werden. Die Ausstattung mit mehr Personal allein reiche nicht aus.

Laut einem Artikel der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vom 11.01.2018 dauern Asylverfahren beim BAMF im Schnitt immer noch 10,7 Monate. Das sei deutlich mehr als im Jahr 2016, als Asylbewerberinnen und Asylbewerber durchschnittlich 7,1 Monate auf eine Entscheidung warten mussten. 2015 seien es nur 5,2 Monate gewesen. Das BAMF sei mit einem „Berg von gut 430 000 anhängigen Verfahren ins Jahr 2017 gestartet“. Der Abbau komme langsamer voran als ursprünglich geplant. Ende November 2017 sei die Zahl auf 75 660 Verfahren gesunken.

1. a) Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit den zwei neu angestellten Experten, die für die Richter etwa Hintergründe zu den Herkunftsländern recherchieren, gemacht?
- b) Sind andere Bundesländer diesem Beispiel gefolgt?
- c) Wie gewährleistet die Landesregierung, dass die richterliche Unabhängigkeit bei diesem Modell gewahrt bleibt?
- d) Wird das Modell fortgeführt oder gar ausgebaut werden?

2. Wird die Landesregierung die einleitend erwähnten, durch die JuMiKo unterstützten Vorschläge zur Vermeidung von Rechtszersplitterung und Beschleunigung gerichtlicher Asylverfahren weiterhin verfolgen?
3. Was unternimmt oder beabsichtigt die Landesregierung darüber hinaus hinsichtlich des Aufbaus von Personal oder in sonstiger sachdienlicher Hinsicht?
4. Welche Forderungen stellt oder welche Vorschläge macht die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung und dem BAMF zur Verfahrensbeschleunigung und Qualitätssteigerung beim BAMF?

(Verteilt am 24.01.2018)